



Landesarbeitsgemeinschaft der
Industrie- und Handelskammern
in Sachsen-Anhalt

Wirtschaft in Sachsen-Anhalt 2011

Solide Entwicklung trotz Konjunkturrisiken

Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und
Handelskammern in Sachsen-Anhalt

Stand: März 2012

Solide Entwicklung trotz Konjunkturrisiken

Vorwort	2
1. Konjunktur 2011: Lage auf Rekordniveau, Erwartungen verhalten	3
1.1 Das Gesamtbild: Stabilisierung auf hohem Niveau	3
Beschäftigungspläne: anhaltend hohe Arbeitskräftenachfrage	5
Investitionspläne: relativ stabil	6
1.2 Der Blick in die einzelnen Branchen	7
Industrie: Motor des Aufschwungs	7
Baugewerbe: Sondereffekte führen zu Bauboom	9
Handel: gutes Konsumklima stützt die Branche	10
Dienstleistungsgewerbe: stabile Entwicklung	11
Verkehrsgewerbe: hohe Kraftstoffpreise führen zu Verunsicherung	12
2. Struktur: Energiewende – Status Quo in Sachsen-Anhalt	13
Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Sachsen-Anhalt	14
Energieverbrauch und Erneuerbare Energien	16
Energiepreisentwicklung – Kostenbelastung für Unternehmen und Verbraucher wächst	18
Netzausbau- und Netznutzungskosten: bundesweite Umlage erforderlich	21
3. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen	22
Innovationsförderung: konsistente Gesamtstrategie entwickeln!	22
Wassercent: Unternehmen nicht durch ökologisch fragwürdiges Instrument belasten!	24
Vergaberecht: Überfrachtung mit sachfremden Kriterien vermeiden!	25
Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: strenges Subsidiaritätsprinzip erhalten!	26
Anhang	28

Vorwort

Die Industrie- und Handelskammern (IHKn) Magdeburg und Halle-Dessau beobachten kontinuierlich die konjunkturelle und strukturelle Entwicklung der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt; durch entsprechende Umfragen bei ihren Mitgliedsunternehmen, die im Quartalsrhythmus durchgeführt werden, sind die IHKn gewissermaßen stets „am Puls der Zeit“. Aus den kumulierten und gewichteten Ergebnissen dieser Umfragen wird traditionell ein Wirtschaftsbericht für das jeweils abgelaufene Jahr erstellt, in dem die grundlegenden konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen rückblickend dargestellt und interpretiert werden. Dabei wird eine gewisse Ausgewogenheit zwischen grundlegenden und aktuellen Aspekten angestrebt.

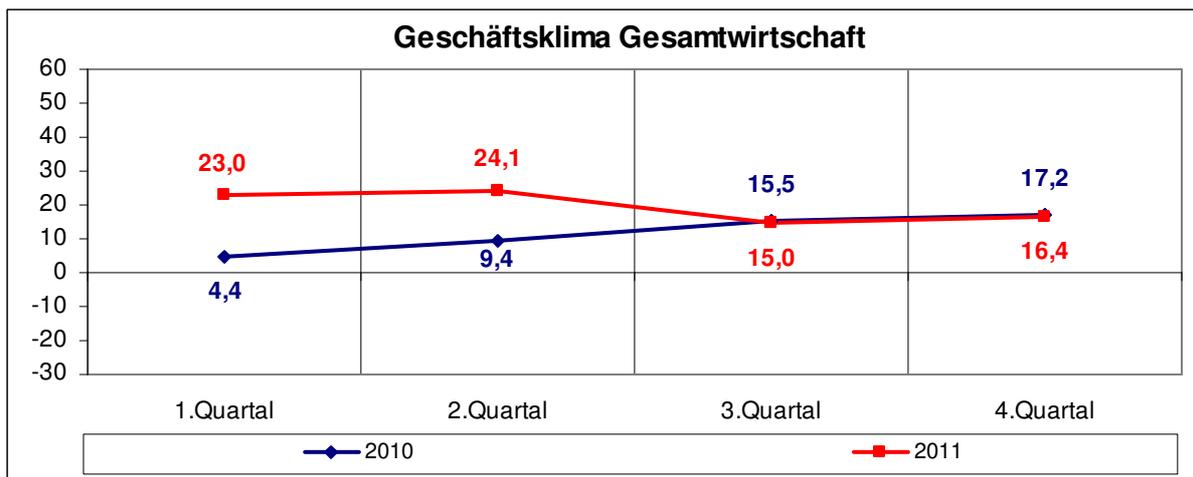
Der vorliegende Bericht für das Jahr 2011 ist der neunte seiner Art. Die entsprechenden Ergebnisse der Konjunkturumfragen sind im ersten Kapitel dargestellt. Das zweite Kapitel ist einem Thema gewidmet, welches für die deutsche Wirtschaft im allgemeinen und für die Wirtschaft Sachsen-Anhalts im Besonderen gegenwärtig von großer Bedeutung ist: Die von der Bundesregierung derzeit angestrebte „Energiewende“ macht Veränderungen und Investitionen in großen Umfang nötig und beinhaltet sowohl Chancen als auch erhebliche Risiken, insbesondere was den sicheren und kostengünstigen Zugang zu Energie angeht. Der dritte Teil des Berichts enthält wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen. Dabei werden die Innovationsförderung, die Einführung eines Wasenentnahmeentgelts („Wassercent“), die Änderung des Vergabegesetzes sowie die geplante Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Kommunen behandelt.

Insgesamt wird deutlich: Für die meisten Unternehmen war 2011 ein starkes Jahr. Ein überdurchschnittlich hohes Wirtschaftswachstum und eine weitere Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind Erfolge, die sich sehen lassen können. Diese Erfolge sollten nicht leichtfertig durch unbedachten politischen Interventionismus gefährdet werden.

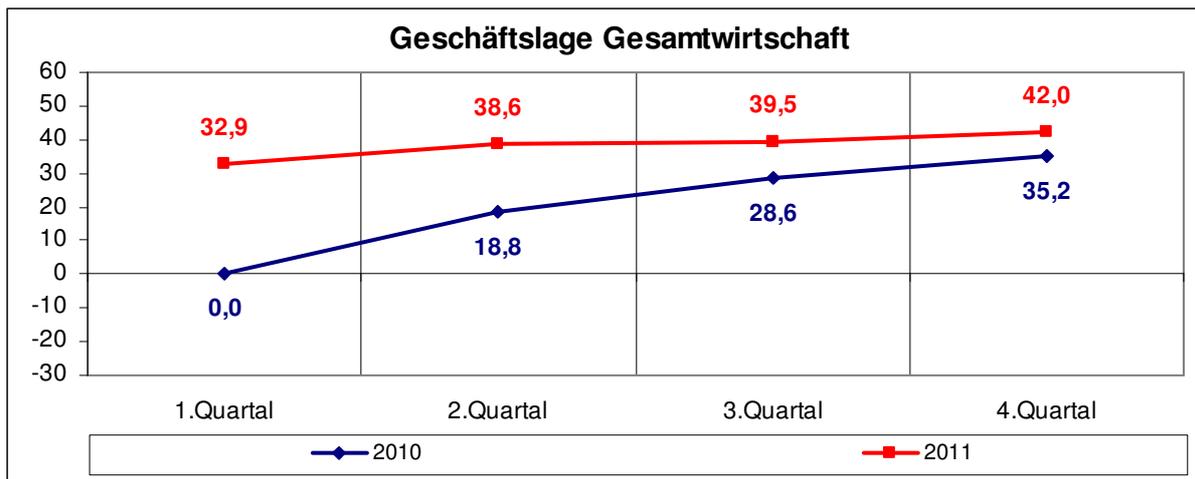
1. Konjunktur 2011: Lage auf Rekordniveau, Erwartungen verhalten

1.1 Das Gesamtbild: Stabilisierung auf hohem Niveau

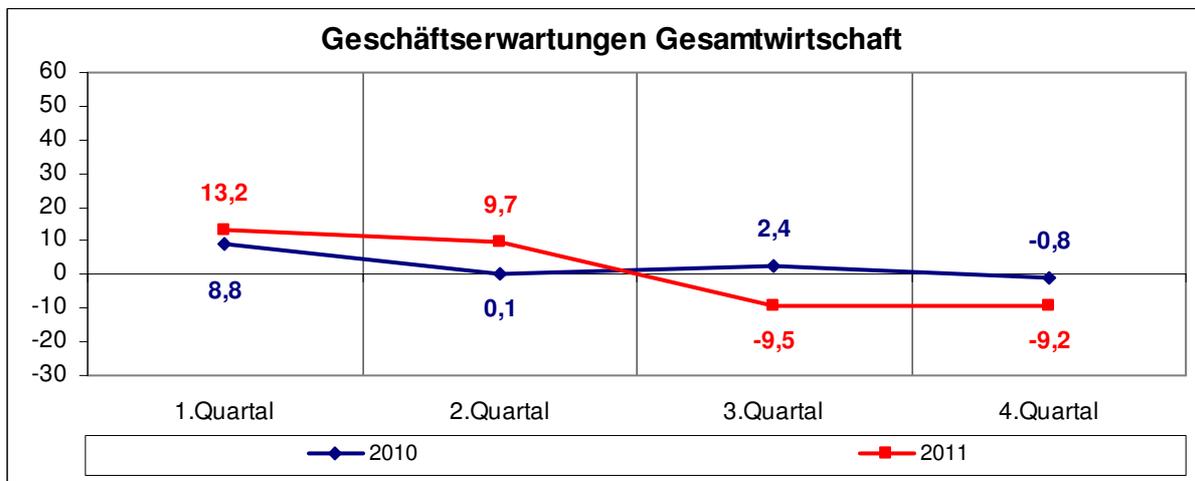
Das Jahr 2011 war für die Unternehmen in Sachsen-Anhalt geprägt durch das rasante Aufholen krisenbedingter Einbrüche und eine ausgesprochen starke Entwicklung der regionalen Wirtschaft, die sich damit von international mittlerweile wieder zunehmenden Konjunktursorgen bislang weitgehend unbeeindruckt zeigt. Der Geschäftsklimaindikator für die Gesamtwirtschaft erreichte mit 23,0 und 24,1 Punkten in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2011 Spitzenwerte. Im dritten Quartal kam es dann zu einer spürbaren Eintrübung der Stimmung: Der Indikator fiel auf 15,0 Punkte. Damit lag er allerdings noch immer ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres und weit über der Nulllinie. Im vierten Quartal konnte sich die Stimmung dann stabilisieren: Der Geschäftsklimaindikator stieg erneut leicht an und erreichte 16,4 Punkte. Damit setzt sich die im dritten Quartal zu verzeichnende Abkühlung der Stimmung vorerst nicht fort. International gegenwärtig eher zunehmenden Konjunktursorgen kann die regionale Wirtschaft bislang weitgehend trotzen.



Die gute Stimmung in der regionalen Wirtschaft geht im Wesentlichen auf außerordentlich gute Lagebewertungen zurück: Der Saldo aus positiven und negativen Lageeinschätzungen verbesserte sich seit dem ersten Quartal 2010 kontinuierlich und erreichte im vierten Quartal 2011 mit 42,0 Prozentpunkten einen Spitzenwert.

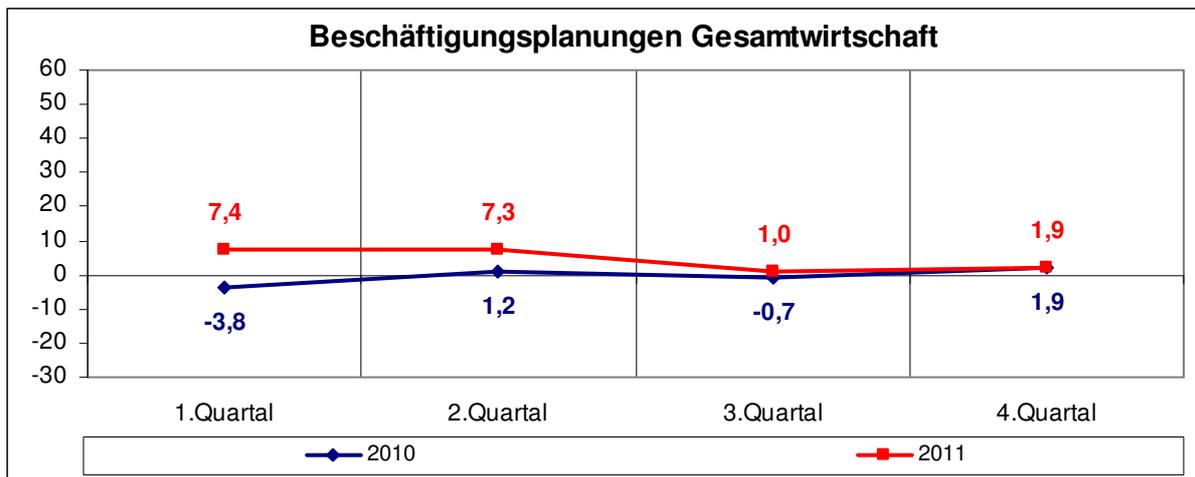


Demgegenüber verschlechterten sich die Geschäftserwartungen im Verlauf des Jahres und fielen in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2011 sogar per Saldo auf ein negatives Niveau. Hier spiegeln sich vor allem die massiven konjunkturellen Risiken wider, die von der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenkrise im Euroraum und ihren möglichen Konsequenzen für die Finanzmärkte und letztlich auch für die Realwirtschaft ausgehen.



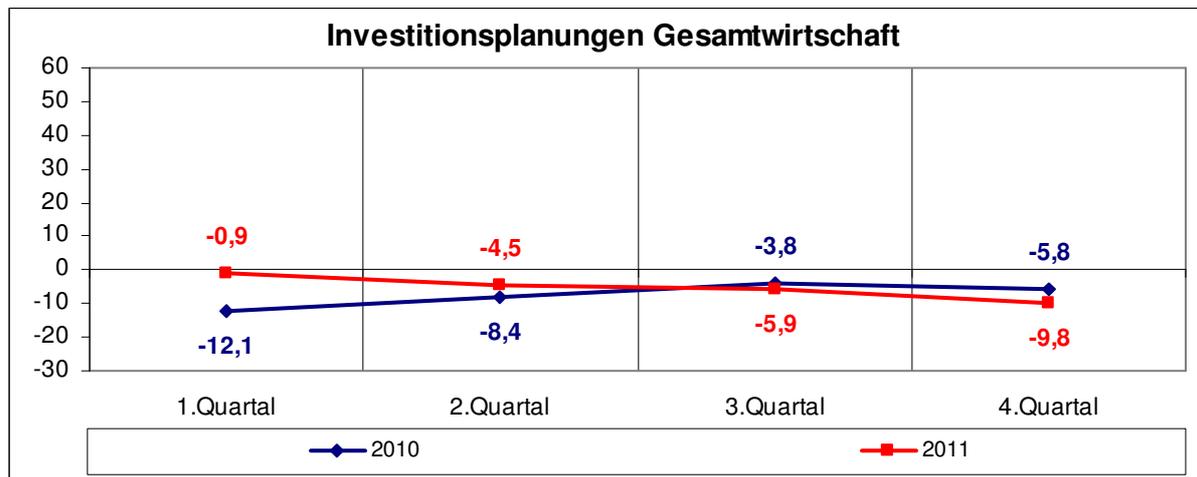
Beschäftigungspläne: anhaltend hohe Arbeitskräftenachfrage

Anders als die allgemeinen Geschäftserwartungen bewegen sich die konkreten Beschäftigungspläne der Unternehmen stabil auf einem per Saldo leicht positiven Niveau und liegen damit weiterhin über ihrem langjährigen Durchschnitt. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften zeigt sich unter anderem in weiter rückläufigen Arbeitslosenzahlen: Die Zahl der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt ging von durchschnittlich 151.495 im Jahr 2010 auf durchschnittlich 139.102 im Jahr 2011 zurück. Die Arbeitslosenquote fiel im Jahresdurchschnitt von 12,5 Prozent 2010 auf 11,7 Prozent 2011. Im Monat Oktober 2011 wurde sogar ein Tiefststand von 10,6 Prozent erreicht. Dabei spielen zwar auch demografische Aspekte, welche das Erwerbspersonenpotential verringern, eine Rolle. Allerdings stieg die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter trotz einer Verringerung des Erwerbspersonenpotentials von 749.102 im Jahr 2010 auf 758.839 im Jahr 2011 deutlich an. Die Zahl geringfügig Beschäftigter ging hingegen leicht zurück.



Investitionspläne: relativ stabil

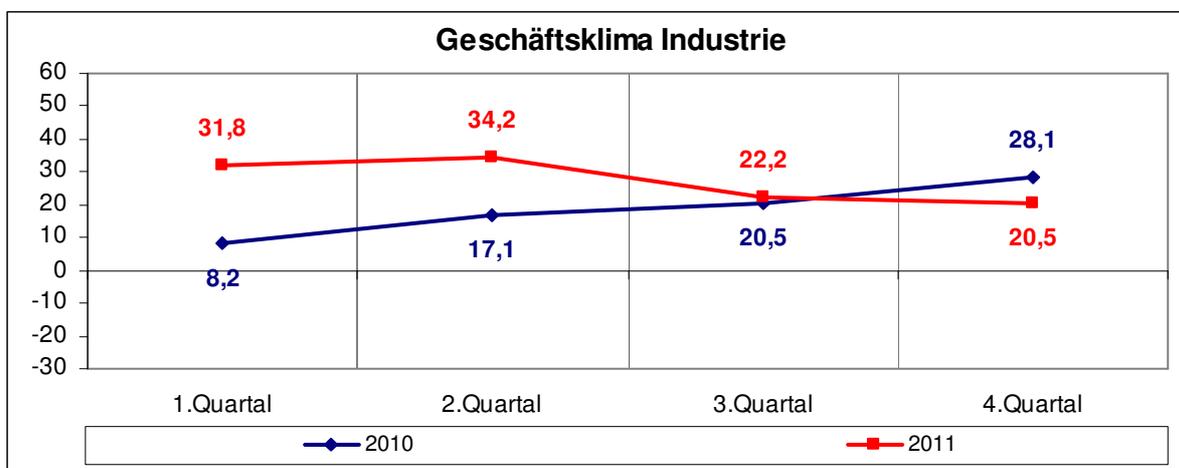
Die Investitionspläne der Unternehmen entwickelten sich insgesamt weniger günstig als die Beschäftigungspläne. Der Saldo aus zu- und abnehmenden Investitionsplänen ging im Verlauf des Jahres von einem neutralen Niveau auf -9,8 Prozentpunkte zurück. Damit waren die Investitionsplanungen im vierten Quartal 2011 zwar etwas verhaltener als im gleichen Quartal des Vorjahres, jedoch noch immer günstiger als zu Beginn des Jahres 2010. Die verhaltenen Investitionspläne spiegelten eine gewisse Zurückhaltung der Unternehmen angesichts der beachtlichen fiskalischen und konjunkturellen Risiken wider, die von der europäischen Staatsschuldenkrise und den zahlreichen politisch eingegangenen Haftungsverpflichtungen ausgehen. Das Vertrauen in einen anhaltenden Aufschwung ließ im dritten und vierten Quartal etwas nach. Allerdings bewegen sich die Investitionspläne noch immer auf einem im langfristigen Vergleich soliden Niveau und könnten im Jahr 2012 – eine weiterhin robuste wirtschaftliche Entwicklung vorausgesetzt – auch wieder anziehen.



1.2 Der Blick in die einzelnen Branchen

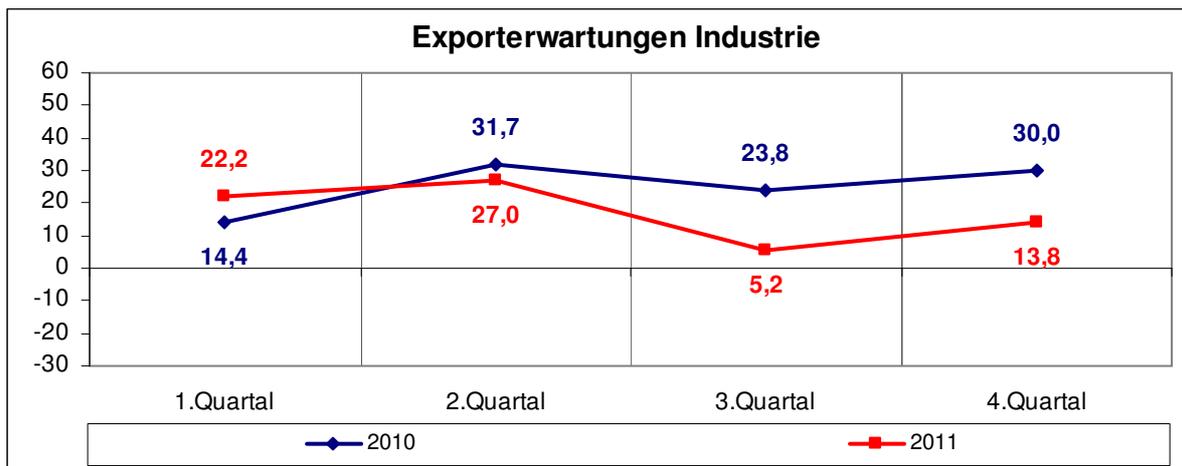
Industrie: Motor des Aufschwungs

Die Industrie, die aufgrund ihrer hohen Exportorientierung von der zurückliegenden weltweiten Krise am härtesten getroffen wurde, war nicht nur im Jahr 2010 der Motor des Aufschwungs, sondern die Stimmung in der Branche verbesserte sich in der ersten Jahreshälfte 2011 weiter: Mit 34,2 Punkten erreichte der Geschäftsklimaindex für die Branche im zweiten Quartal 2011 einen Spitzenwert. Eine gewisse Normalisierung setzte in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein. Nach wie vor ist die Stimmung in der Industrie allerdings überdurchschnittlich gut, so dass von der Branche weiterhin positive Impulse für die Gesamtwirtschaft ausgingen.



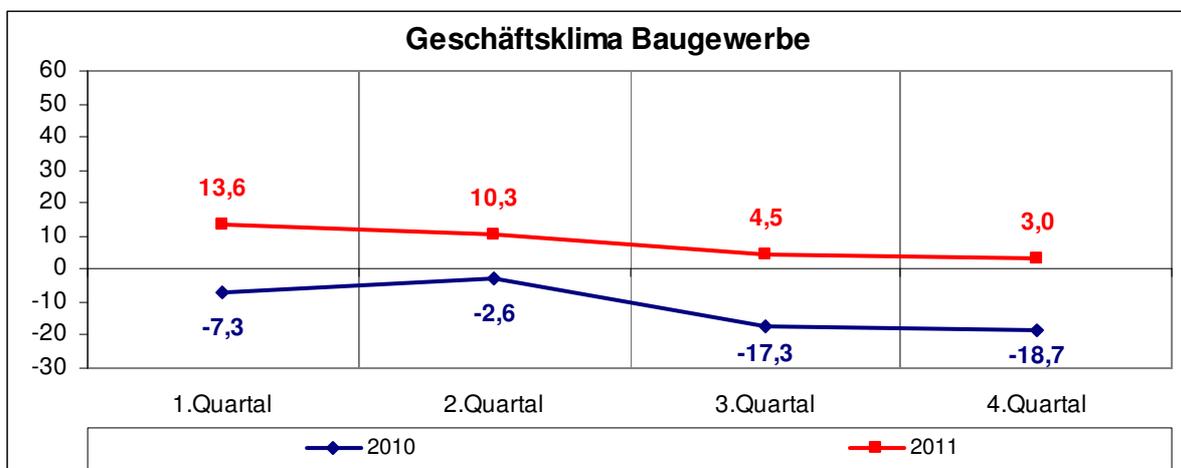
Dass es sich bei der günstigen Entwicklung der Industrie nicht lediglich um Aufholeffekte nach der Krise handelte, sondern um einen selbsttragenden Aufschwung, der Impulsgeber für andere Branchen sein konnte, wird insbesondere an der Entwicklung der Exporterwartungen deutlich: Diese hatten sich angesichts einer deutlichen Abkühlung des Konjunkturklimas in einigen wichtigen Schwellenländern und angesichts ernster Probleme in der Peripherie des Euroraumes im dritten Quartal 2011 von zuvor 27,0 auf 5,2 Prozentpunkte deutlich eingetrübt, ohne jedoch per Saldo negative Werte anzunehmen. Es folgte im vierten Quartal 2011 aber ein neuerlicher Anstieg der Exporterwartungen, obwohl die realen Exporte der Industriebetriebe in Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 gegenüber den Vorjahren bereits stark angestiegen waren. Die optimistischen Exporterwartungen der Unternehmen wurden gegen Jahresende 2011 gestützt durch wieder anziehende Auftragseingänge aus dem Ausland. In der Folge sind auch ihre Investitions- und Beschäftigungspläne auf Expansion ausgerichtet.

Der Umsatz in den Betrieben von Industrieunternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten stieg im Vergleich zum Vorjahr in 2011 um 13,1 Prozent auf 39,4 Mrd. Euro an. Der Auslandsumsatz steigerte sich sogar um 14,1 Prozent auf 10,9 Mrd. Euro. Damit erhöhte sich die Exportquote der Industrie in Sachsen-Anhalt von 27,5 Prozent im Jahr 2010 auf 27,8 Prozent im Jahr 2011. Die starke Entwicklung der Branche schlägt sich auch positiv in der Beschäftigungsstatistik nieder: Die Beschäftigtenzahl in den erfassten Betrieben stieg um 3,9 Prozent auf 107.135 an. Auch erhöhte sich die Zahl der Betriebe von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten um 10 auf 668.



Baugewerbe: Sondereffekte führen zu Bauboom

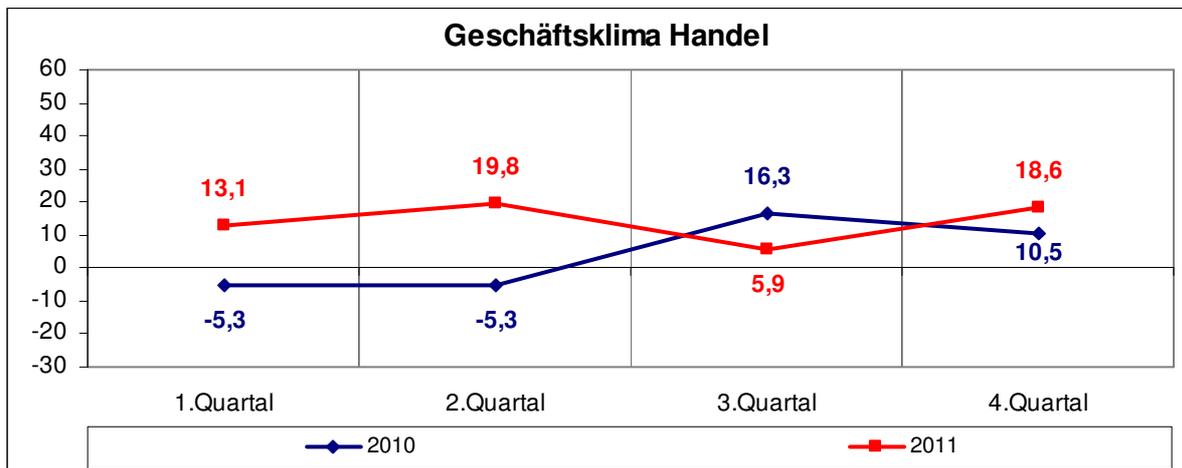
Das Baugewerbe war in Sachsen-Anhalt weit weniger stark von der Krise der Jahre 2008 und 2009 betroffen als andere Branchen. Zudem wirkten sich die so genannten „Konjunkturpakete“, welche die Bundesregierung zur Abdämpfung der Krise initiierte, zunächst unmittelbar positiv insbesondere auf diese Branche auf. Von den daraus resultierenden zusätzlichen Aufträgen konnte die Branche noch bis weit in das Jahr 2010 hinein profitieren. Über die sich daraus ergebende extrem hohe Auftragsreichweite verschoben sich die positiven Sondereffekte sogar weiter bis in das Jahr 2011 hinein. Hinzu kamen im Verlauf des Jahres 2011 anziehende Aufträge aus dem traditionell sehr schwachen privaten Wohnungsbau, welche die rückläufigen Aufträge aus dem Bereich des öffentlichen Baus zumindest teilweise kompensieren konnten: Angesichts massiv gestiegener (währungs-)politischer Risiken und Inflationssorgen bei gleichzeitig historisch niedrigen Zinsen stufen offenbar zahlreiche Privatleute eine Investition in Wohneigentum als vergleichsweise sichere und zunehmend attraktive Wertanlage ein. Angesichts dieser Sondereinflüsse konnte sich die in den vergangenen Jahren durch einen erzwungenen Abbau von Überkapazitäten belastete Branche verhältnismäßig günstig entwickeln. Dadurch fiel die Stimmung im Jahr 2011 sogar durchweg besser aus als im Jahr 2010.



Die Daten der amtlichen Statistik zeigen für die Branche ein durchaus gutes Jahr 2011: Mit knapp 2,12 Mrd. Euro wurden in der Branche 5,2 Prozent mehr umgesetzt als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 16.572. Die Zahl der erfassten Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten stieg um einen auf 320 an.

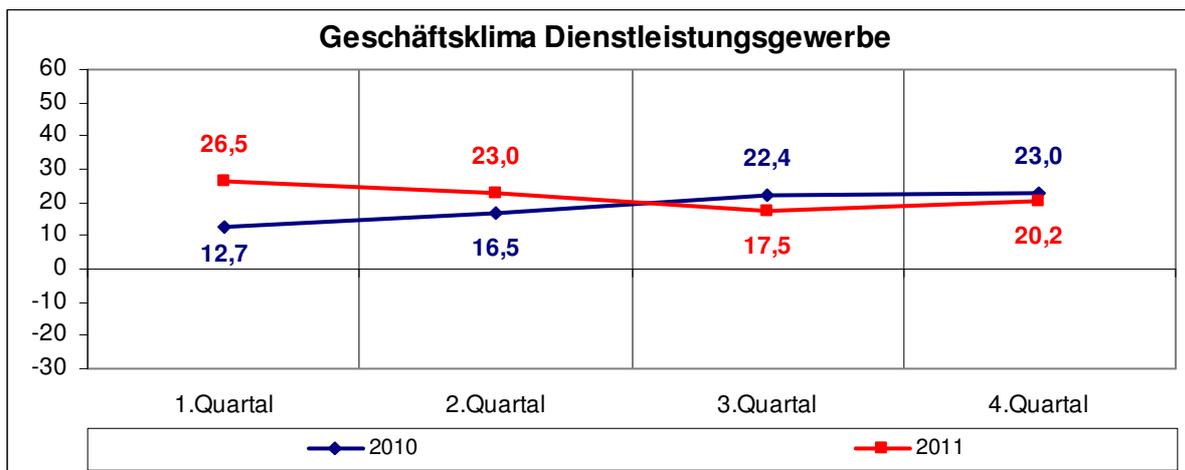
Handel: gutes Konsumklima stützt die Branche

Der Handel konnte stark vom guten Konsumklima profitieren, das sich nicht zuletzt infolge sinkender Arbeitslosigkeit einstellte. In der Folge war die Stimmung im Handel im Jahr 2011 – mit Ausnahme des dritten Quartals – besser als im Vorjahr. Auffällig ist, dass die relativ gute Stimmung in der Branche auch von den Geschäftserwartungen ausgeht, die – anders als in der Gesamtwirtschaft – zum Jahresende per Saldo optimistisch ausfallen. Hier dürfte sich die Erwartung eines weiterhin günstigen Konsumklimas widerspiegeln: Eine Fortsetzung der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes und ein weiterer Anstieg der Reallöhne im Jahr 2012 würde bereits für ein weiterhin gutes Konsumklima sprechen. Hinzu kommen – ähnlich wie in der Bauindustrie – wachsende Inflationssorgen und historisch niedrige Zinsen. In dieser Konstellation besteht aus Sicht der Verbraucher kein Anlass zur Konsumzurückhaltung. So fallen auch die Investitions- und Beschäftigungspläne im Handel leicht überdurchschnittlich aus.



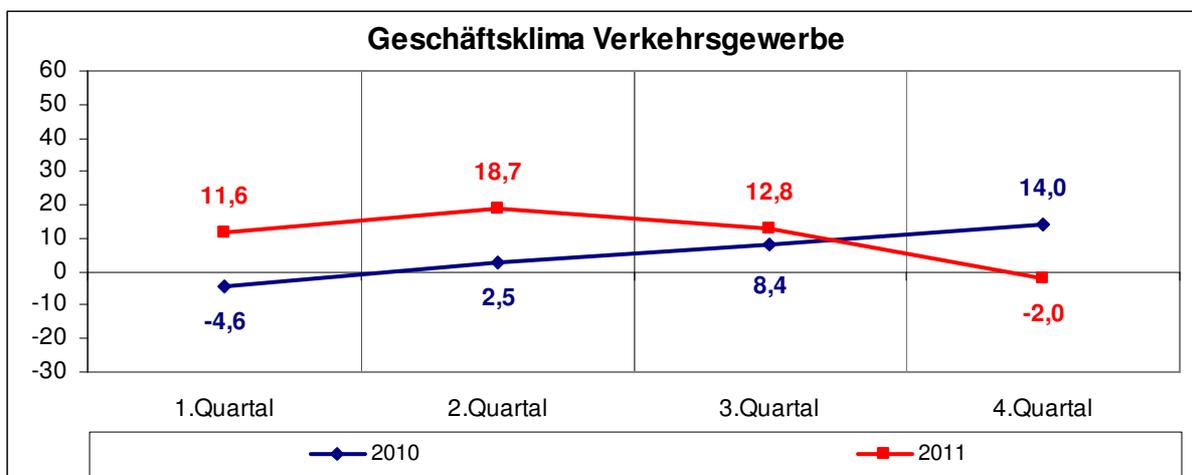
Dienstleistungsgewerbe: stabile Entwicklung

Das Dienstleistungsgewerbe, das schon in der Krise des Jahres 2008 und 2009 als „Puffer“ dienen konnte, weist auch in den Jahren 2010 und 2011 eine relativ stabile Entwicklung auf. Dies ist wesentlich auf die heterogene Struktur und die starke Binnenmarktorientierung der Branche zurückzuführen, die dazu führt, dass häufig vom Export ausgehende positive wie negative konjunkturelle Impulse das Dienstleistungsgewerbe weniger direkt und weniger stark treffen. Der Geschäftsklimaindikator für das Dienstleistungsgewerbe bewegte sich sowohl 2010 als auch 2011 konstant auf einem recht hohen Niveau und pendelte in etwa um einen Wert von 20 Punkten. Die relativ gute Stimmung ging vor allem auf gute Lagebewertungen zurück: Der Saldo aus positiven und negativen Lagebeurteilungen erreichte mit 45,7 Prozentpunkten im vierten Quartal 2011 den höchsten Wert der vergangenen beiden Jahre. Dagegen nahmen auch in dieser Branche die Konjunktursorgen zu: Der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Erwartungen fiel im vierten Quartal 2011 mit -5,4 Prozentpunkten auf den niedrigsten Wert der letzten acht Quartale. Diese Entwicklung sollte jedoch nicht überbewertet werden, wird doch eine weitere Verbesserung der Lage angesichts des erreichten hohen Niveaus ohnehin zunehmend unwahrscheinlicher.



Verkehrsgewerbe: hohe Kraftstoffpreise führen zu Verunsicherung

Das Verkehrsgewerbe weist unter allen Branchen die ungünstigste Entwicklung auf: Zunächst war im Verlauf des Jahres 2010 noch eine deutliche Verbesserung der Stimmung zu verzeichnen. Diese Entwicklung ging unter anderem vom Güterverkehr aus, der von Aufträgen aus der Industrie profitierte. Im Verlauf des Jahres 2011 belasteten jedoch anziehende Kraftstoffpreise die Unternehmen stark. Hinzu kam eine Verunsicherung der Branche durch die Politik: Verschärfte Umweltauflagen, beispielsweise im Zusammenhang mit Umweltzonen, aber auch Pläne zur Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen und Verzögerungen beim Ausbau wichtiger Land- und Wasserstraßen drückten auf die Geschäftserwartungen. In der Folge verschlechterte sich der Geschäftsklimaindex für die Branche nicht nur vom zweiten auf das dritte, sondern – entgegen dem Erholungstrend in anderen Branchen – auch vom dritten auf das vierte Quartal 2011 deutlich. Mit -2,0 Punkten lag der Index zum Jahresende 2011 um ganze 16 Punkte unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals und nahm damit sogar einen negativen Wert an. Eine derart ungünstige Entwicklung des Geschäftsklimas im Verkehrsgewerbe belegt, dass die Politik hier deutlich andere Akzente setzen muss, um weitere Kostenbelastungen abzuwenden und den Ausbau wichtiger Verkehrsverbindungen wieder voranzutreiben.



2. Struktur: Energiewende – Status Quo in Sachsen-Anhalt

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 hatte die Bundesregierung kurz darauf ihre Energiepolitik ruckartig umgestellt: Bis zum Jahr 2022 soll Deutschland vollständig aus der Kernenergienutzung aussteigen, die Klimaschutzziele einhalten, Energieeffizienzpotenziale realisieren und das Energiesystem langfristig auf eine Versorgung im Wesentlichen aus erneuerbaren Quellen umstellen. Ein konkretes Konzept, wie die Energiewende in der Praxis in die Tat umgesetzt werden könnte, fehlt bis heute. Dennoch wurden ambitionierten Ziele formuliert, welche die Vorgaben der Europäischen Union deutlich übertreffen, wie sich nachfolgender Tabelle entnehmen lässt:

Klima- und energiepolitische Ziele im Vergleich

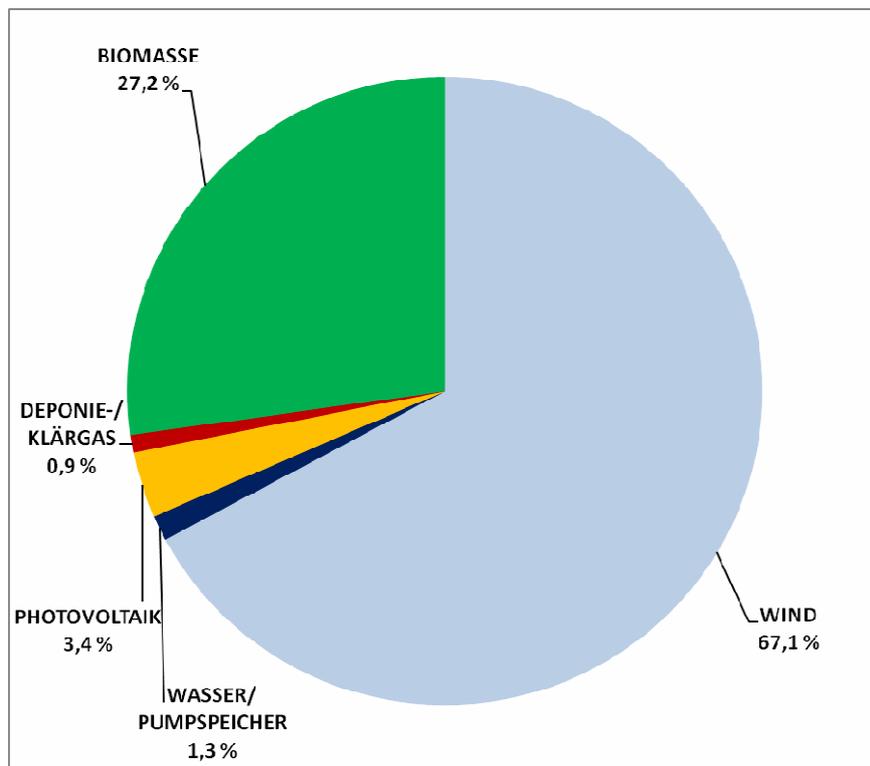
	Energieverbrauch (primär)	Treibhausgas- emissionen	Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch
Europäische Union bis 2020	-20%	-20%	20%
Deutschland bis 2020	-20%	-40%	35%
Deutschland bis 2050	-50%	-80%	80%

Zur Realisierung dieser Ziele sind milliardenschwere Investitionen nötig: in den Ausbau regenerativer Energien und der überregionalen Versorgungsnetze sowie – für die Übergangszeit – fossiler Ersatzkraftwerke, in energetische Gebäudesanierung, in Energiemanagement und in die Entwicklung innovativer Energiespeichertechnologien. Auf Sachsen-Anhalt kommen im Zuge der Energiewende besondere Herausforderungen zu. Das Land gilt aufgrund seiner zentralen Lage und des bereits vergleichsweise hohen Anteils erneuerbarer Quellen an der Stromerzeugung als Schlüsselregion beim Ausbau der angesprochenen überregionalen Versorgungsnetze. Im Folgenden soll kurz der Status Quo der Energieerzeugungs- und -verbrauchsstrukturen in Sachsen-Anhalt mit Bezug zu den Schwerpunkten der Energiewende beleuchtet werden.

Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt gilt als exponierter Standort der Windkraftnutzung in Deutschland. Die 2011 installierte Gesamtleistung von 3.642 Megawatt (MW) entsprach **16 Prozent** der installierten Windenergieleistung in der Bundesrepublik. Damit nahm Sachsen-Anhalt bei der Nutzung der Windenergie im Bundesländervergleich – hinter Niedersachsen und Brandenburg – den dritten Platz ein. Alle erneuerbaren Energiequellen trugen zusammengerechnet im Jahr 2010 bereits 36 Prozent zur Nettostromerzeugung im Land Sachsen-Anhalt bei, wobei die Windkraft eindeutig dominierte:

Nettostromerzeugung durch erneuerbare Energien in Sachsen-Anhalt 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

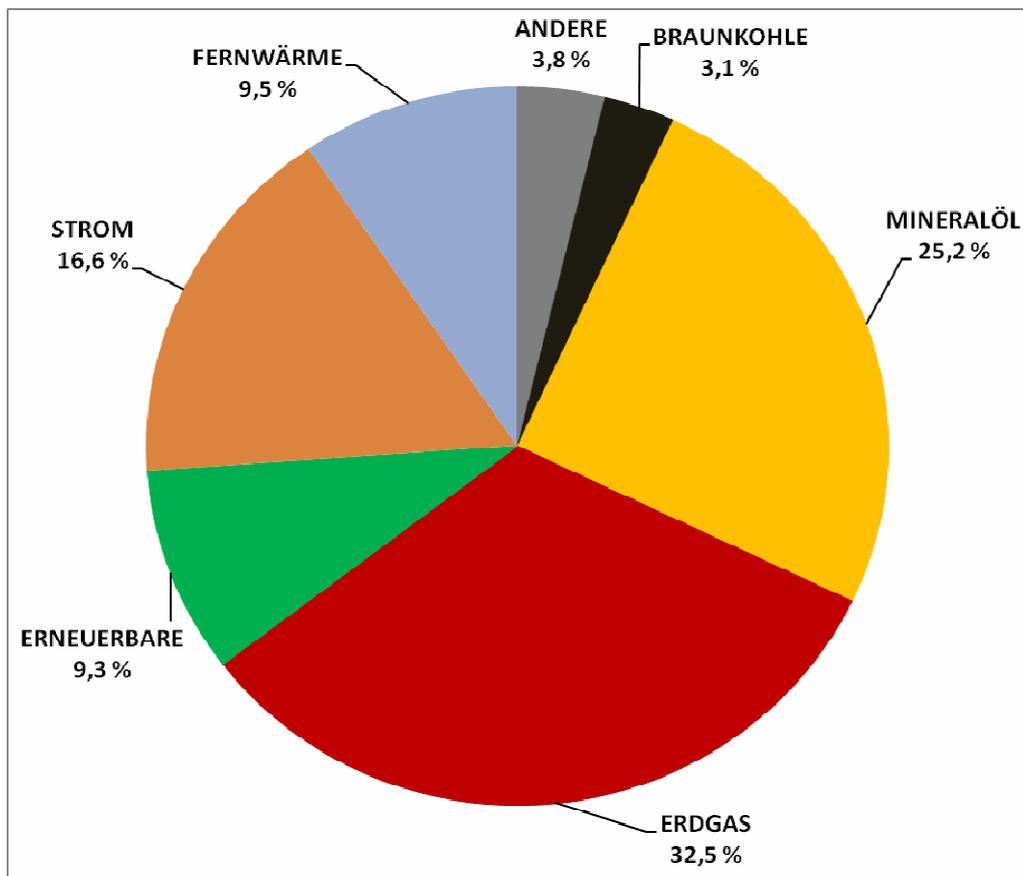
Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) am stärksten geförderte Technologie, die Photovoltaik, lediglich auf einen Anteil von etwas mehr als drei Prozent an der Nettostromerzeugung durch erneuerbare Quellen kommt. Aufgrund der ungünstigen Witterungsbedingungen in Deutschland sowie der fehlenden Grundlastfähigkeit war und ist die privilegierte Förderung des Solarstroms stark umstritten. Nichtsdestotrotz läuft der Ausbau weiter: In Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2010 neue Anlagen mit einer Leistung von 108 Kilowattpeak pro 1.000 Einwohner installiert – Platz 4 im Bundesländer-Vergleich. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Steigerung der Anlagenkapazität um nicht weniger als 140 Prozent. Im Jahr 2010 standen (nach aktuellstem Stand offizieller Statistik) vier der fünfzig größten Solaranlagen Deutschlands in Sachsen-Anhalt: der Solarpark Flugplatz Köthen mit 14,75 Megawattpeak (MWp) Nennleistung, der Solarpark Stedten bei Halle mit 9,1 MWp, der Solarpark Gerwisch bei Magdeburg mit 8,63 MWp sowie der Solarpark Rödgen bei Bitterfeld-Wolfen mit einer Nennleistung von 7 MWp. Inzwischen sind weitere Großanlagen hinzugekommen: der Solarpark Köthen ist mittlerweile auf eine Leistung von 45 MWp ausgebaut worden und zählt damit zu den weltweit größten Photovoltaikanlagen. In Magdeburg entstand 2011 ein Solarpark mit 8,49 MWp Leistung, in Zerbst entsteht ein Solarkraftwerk mit einer geplanten Gesamtleistung von 46 MWp.

Aufgrund der großen Bedeutung der Landwirtschaft hat sich in Sachsen-Anhalt auch die Biomasse als wichtige erneuerbare Energiequelle etabliert. Nach Angaben des Deutschen Biomasseforschungszentrums waren im Jahr 2011 in Sachsen-Anhalt 209 Biogasanlagen mit einer installierten Gesamtleistung von 113,9 MW in Betrieb. Dies entspricht fünf Prozent der gesamtdeutschen Energieerzeugung aus Biomasse. Unter allen Bundesländern nimmt Sachsen-Anhalt damit den sechsten Rang ein.

Energieverbrauch und Erneuerbare Energien

Zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele im Zuge der Energiewende ist letztendlich nicht allein der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bzw. am Stromverbrauch relevant, sondern auch ihr Anteil am gesamten Energieverbrauch, der neben dem Stromverbrauch weitere wesentliche Komponenten wie Wärmeenergie- und Kraftstoffverbrauch umfasst. Bei dieser Betrachtung dominieren in Sachsen-Anhalt, wie auch in Deutschland insgesamt, derzeit eindeutig noch die fossilen Energieträger, wie folgende Übersicht zeigt:

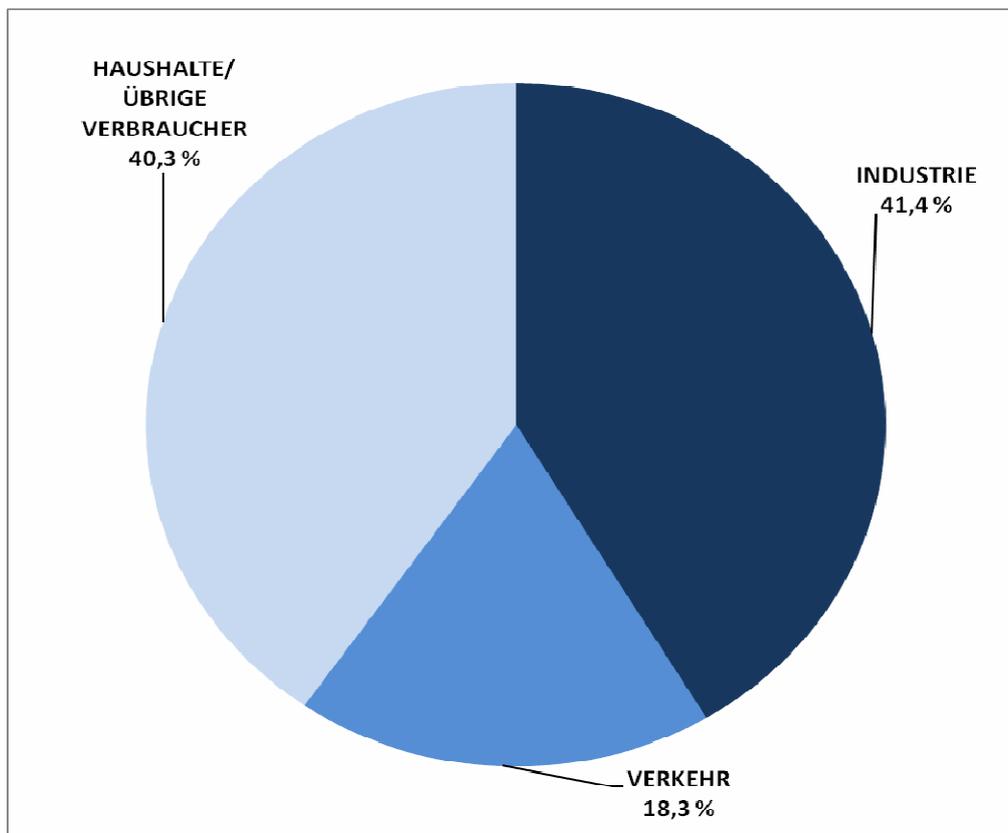
Endenergieverbrauch nach Energieträgern in Sachsen-Anhalt 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Bei einem Gesamt-Energieverbrauch von 317.719 Terajoule (TJ) im Jahr 2010 in Sachsen-Anhalt entfiel auf die fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas unmittelbar ein kumulierter Anteil von knapp 61 Prozent. Erneuerbare Quellen trugen direkt ca. 30.000 TJ bei – ein Anteil von etwas über neun Prozent. Zwar muss berücksichtigt werden, dass in den „sekundären“ Energieträgern Strom und Fernwärme ebenfalls erneuerbare Anteile enthalten sind. Vom 18-Prozent-Anteil der Erneuerbaren Energien am Gesamt-Energieverbrauch entsprechend der deutschen Zielvorgabe für das Jahr 2020 ist Sachsen-Anhalt gleichwohl noch ein gutes Stück entfernt.

Energieverbrauch nach Verbrauchsgruppen in Sachsen-Anhalt 2010



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Betrachtet man den Gesamt-Energieverbrauch in Sachsen-Anhalt nach Verbrauchsgruppen, wird die herausragende Rolle der Industrie mit einem Anteil von 41 Prozent deutlich. Auf sonstige Gewerbe, öffentliche und private Verbraucher entfallen 40 Prozent, auf Verkehr und Transport lediglich 18 Prozent. Innerhalb der Verbrauchsgruppe „Industrie“ nimmt die im Süden des Bundeslandes konzentrierte Chemieindustrie eine Schlüsselrolle ein – auf sie entfällt 16 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Sachsen-Anhalt. Allein der Standort

Leuna beispielsweise verbrauchte 2010 rund ein Fünftel des gesamten in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten Stroms.

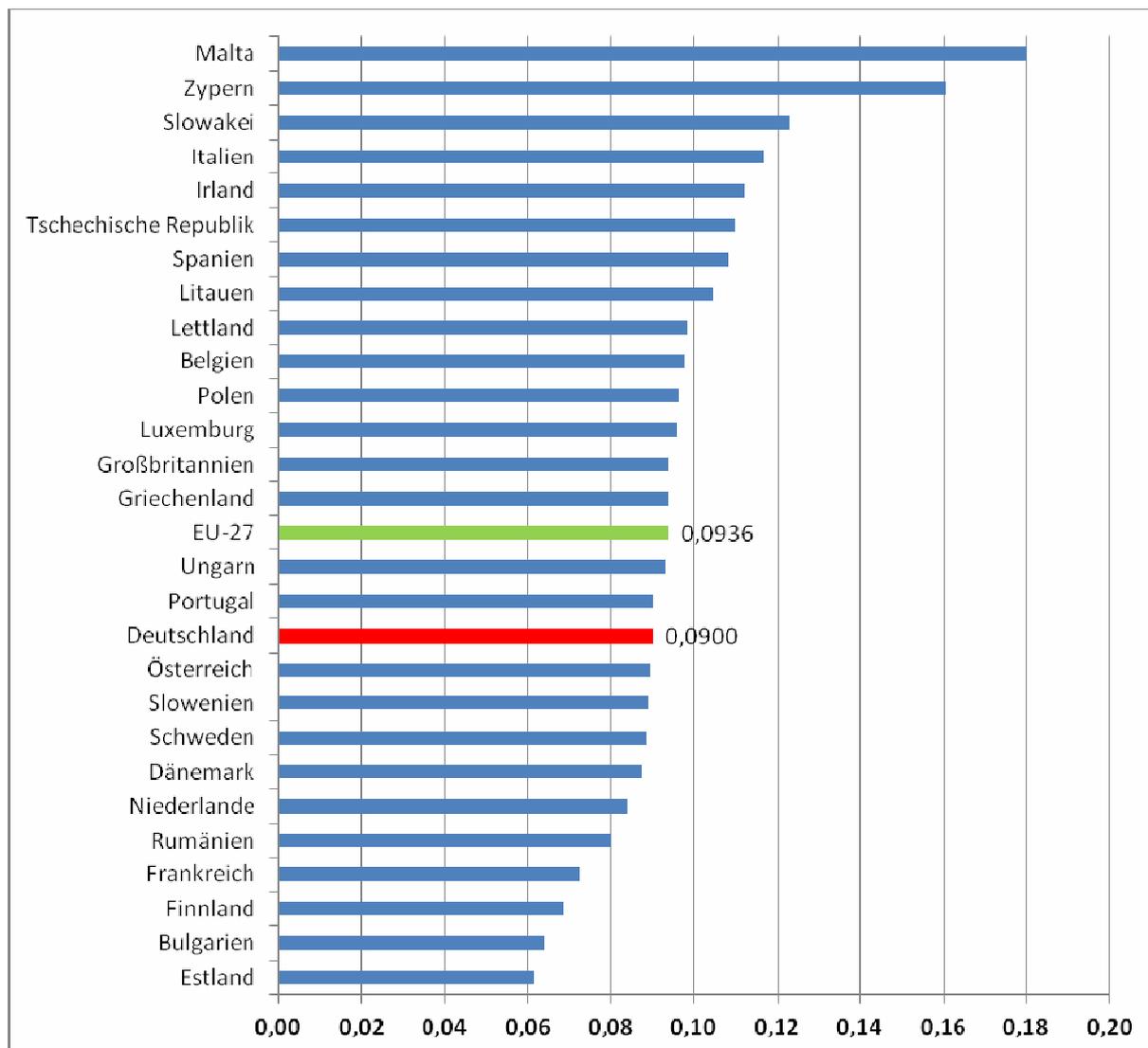
Energiepreisentwicklung – Kostenbelastung für Unternehmen und Verbraucher wächst

Nicht nur für die Produktionsprozesse, sondern für die sachsen-anhaltische Wirtschaft generell ist eine sichere Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen auch zukünftig eine entscheidende Standortfrage. Für immer mehr Unternehmen wird die Energiepreisentwicklung zunehmend zur Belastung. Laut einer aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau beklagten 82 Prozent der befragten Unternehmen im Süden Sachsen-Anhalts im Jahr 2011 eine gestiegene Kostenbelastung bei der Energieversorgung. Als Reaktion darauf gab immerhin mehr als ein Drittel an, in zusätzliche Energieeffizienzmaßnahmen investieren zu wollen. Nur jedes zweite der befragten Unternehmen sieht die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten vollumfänglich bzw. größtenteils an seine Kunden weiterzugeben.

Die Deutsche Energieagentur (dena) schätzt, dass die Strompreise in Deutschland bis 2020 aufgrund der Anforderungen aus der Energiewende noch einmal um rund 20 Prozent steigen werden. Bereits heute ist der Staat entscheidender Preistreiber, denn der eigentliche Lieferpreis für Strom macht nur ca. ein Viertel des vom Endverbraucher zu zahlenden Strompreises aus. Im europäischen Vergleich steht Deutschland beispielsweise bei den Netto-Verbrauchspreisen industrieller Stromabnehmer noch recht gut da, wie folgende Übersicht zeigt:

NETTO-Verbrauchspreise für industrielle Stromabnehmer 2011

EU-Staaten, Verbrauchspreis in Euro je kWh, mittlere Verbrauchskategorie

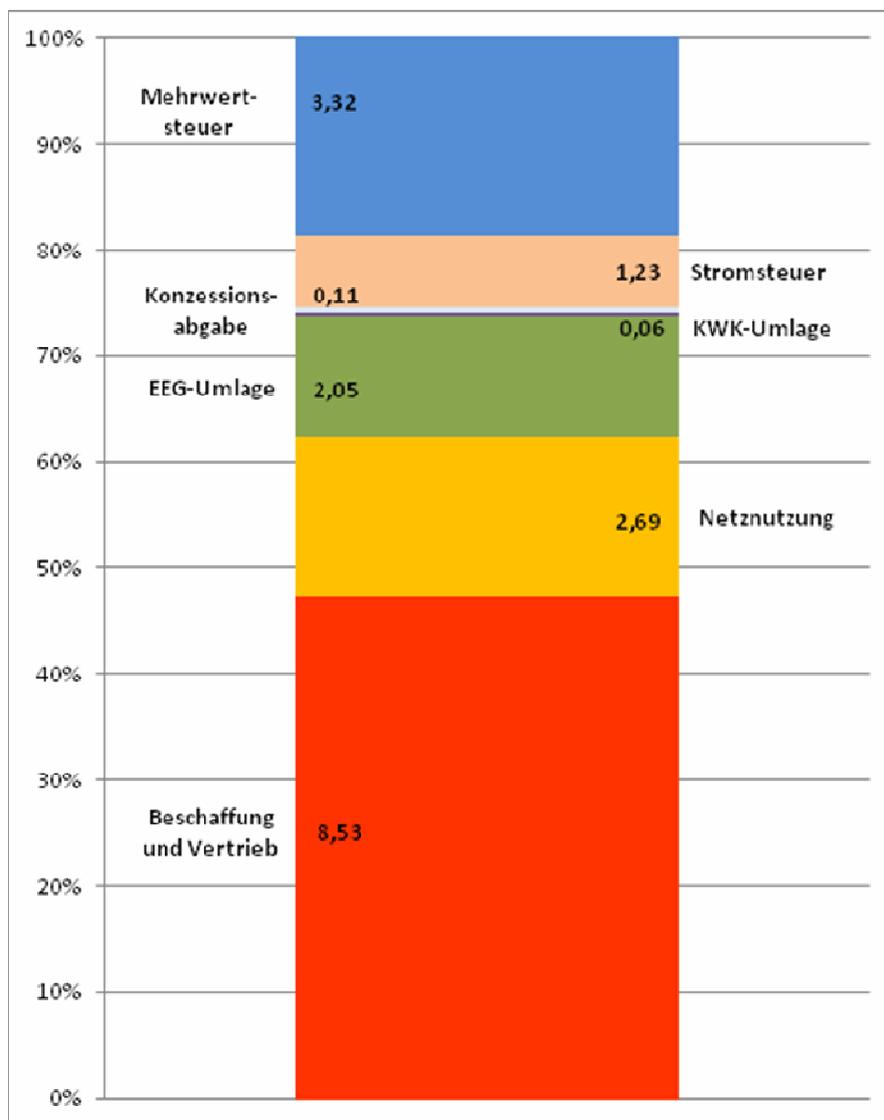


Quelle: EUROSTAT

Der Netto-Strompreis für industrielle Abnehmer liegt in Deutschland demnach unter dem EU-Durchschnitt. Das Bild ändert sich jedoch gravierend, wenn man sämtliche staatlich beeinflussten Preisbestandteile (regulierte Netznutzungsentgelte, Steuern, Abgaben und Umlagen) hinzurechnet: Der dena zufolge weist Deutschland im EU-Vergleich die dritthöchsten industriellen Brutto-Strompreise auf.

Zum Kostenblock Steuern/Abgaben/Umlagen zählen neben der Mehrwertsteuer und der Konzessionsabgabe an die Kommunen die energiepolitisch motivierten Umlagebestandteile: die KWK-Umlage (zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen), die EEG-Umlage (zur Subventionierung erneuerbarer Energien) sowie die Umlage nach der Stromnetzentgeltverordnung (Kompensationsleistung aller anderen Strombezieher für die Befreiung großer industrieller Stromverbraucher von den Netznutzungsentgelten). Insbesondere die EEG-Umlage und die Umlage nach Stromnetzentgeltverordnung werden kontrovers diskutiert, da sie letztendlich eine Privilegierung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit darstellen.

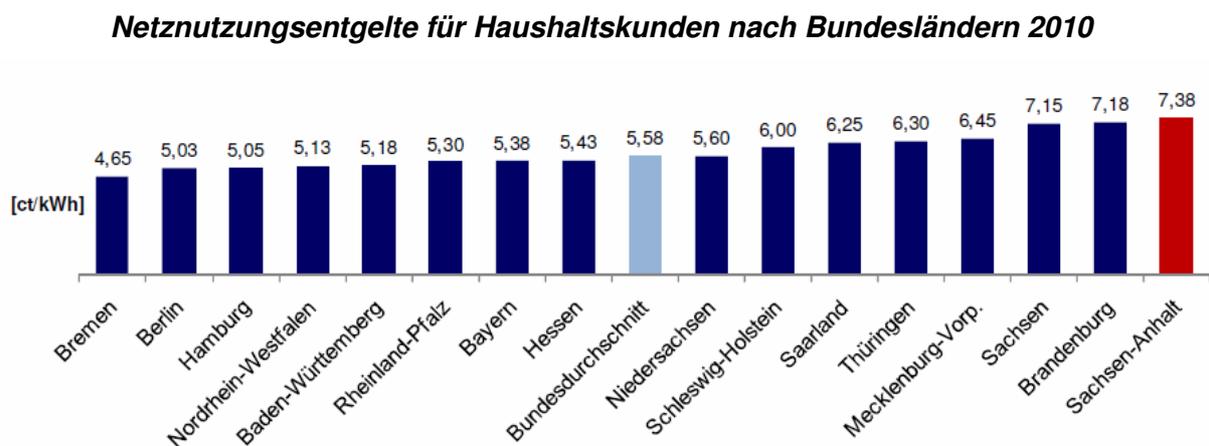
Beispielhafte Zusammensetzung des durchschnittlichen BRUTTO-Strompreises eines deutschen Industriekunden 2010 (inkl. Mehrwertsteuer, in ct/kWh)



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, eigene Berechnungen

Netzausbau- und Netznutzungskosten – bundesweite Umlage erforderlich

Bei den Netznutzungsentgelten erleidet Sachsen-Anhalt, bedingt durch den bereits recht fortgeschrittenen Ausbau der erneuerbaren Energien, einen erheblichen Standortnachteil. Im Gegensatz zur Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien werden die Kosten für die Anpassung und den Ausbau der Versorgungsnetze nicht bundesweit, sondern anteilig auf das jeweilige Netzgebiet und die jeweilige Spannungsebene umgelegt. Das führt dazu, dass in Sachsen-Anhalt derzeit schon die bundesweit höchsten Netznutzungsentgelte zu zahlen sind. Folgende Übersicht zeigt dies anschaulich für den privaten Verbrauch:



Quelle: IE Leipziger Institut für Energie, 2011

Der hohe Ausbaubedarf liegt darin begründet, dass in Sachsen-Anhalt sehr häufig mehr Strom aus erneuerbaren Energien ins Netz eingespeist als zeitgleich verbraucht wird. Dieser überschüssige Strom muss über höhere Netzebenen in verbrauchsstärkere Regionen (bspw. nach Süddeutschland) transportiert werden – mit der Folge, dass die umgelegten Netzausbaukosten die regionalen Verbraucher immer stärker belasten. Das Leipziger Institut für Energie schätzt, dass bis zum Jahr 2020 die Netznutzungsentgelte in Sachsen-Anhalt im derzeitigen Umlagesystem nochmals um 0,9 Cent je kWh steigen würden – auch dieser Wert läge deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 0,33 Cent je kWh. Die sachsen-anhaltischen Industrie- und Handelskammern setzen sich deshalb im Interesse ihrer Mitgliedsunternehmen gemeinsam mit den anderen ostdeutschen IHKs für eine bundesweite Umlage der Netzausbaukosten ein, um diesen regionalen Standortnachteil beim Energieverbrauchspreis abzumildern. Die Landesregierung Sachsen-Anhalts unterstützt dieses Ansinnen nachdrücklich. Eine Entscheidung ist auf politischer Ebene noch nicht gefallen, zumal der Netzausbauplan der Bundesregierung erst für Mitte Juni 2012 erwartet wird.

3. Wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen

Innovationsförderung: konsistente Gesamtstrategie entwickeln!

Mit der Schaffung des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft durch die neue Landesregierung im April 2011 verband sich für die sachsen-anhaltische Wirtschaft eine klare Botschaft: Die Kooperationen der Hochschulen und externen Forschungseinrichtungen mit dem regionalen Mittelstand sollte gestärkt werden, um den Wissens- und Technologietransfer zu verbessern. Nur mit der Realisierung ihres vorhandenen Innovationspotenzials kann sich Sachsen-Anhalts Wirtschaft entscheidend weiterentwickeln und dem dringend benötigten Fachkräftenachwuchs Perspektiven bieten. Daher ist die gezielte Förderung der Kooperation und des Wissenstransfers zwischen Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen einerseits und Unternehmen andererseits eine entscheidende wirtschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre. Vor dem Hintergrund der sich verringernenden Zuflüsse an EU-Mitteln und der eingeschränkten Finanzierungsspielräume im Landeshaushalt stehen auch alle bestehenden und geplanten Programme zur Innovationsförderung auf dem Prüfstand. Bei der Fortschreibung bzw. Neuorientierung der entsprechenden Maßnahmen ist ein konsistenter, den aktuellen Gegebenheiten angepasster Strategieansatz gefordert, um die genannten Ziele zu erreichen. Nach Auffassung der Industrie- und Handelskammern ist der erklärte politische Wille der Landesregierung zu einer zeitgemäßen und bedarfsgerechten Ausrichtung der Innovationsförderung lobenswert, zumal dies im Dialog mit den Vertretern der Wirtschaft geschehen soll. Bislang fehlt hier allerdings noch ein schlüssiges Gesamtkonzept. Vielmehr werden mit Einzelmaßnahmen aus Sicht der Unternehmerschaft widersprüchliche Akzente gesetzt, nachfolgend durch drei aktuelle Beispiele illustriert:

Positiv: Innovationsassistent

Sachsen-anhaltische Unternehmen können mit Hilfe des Innovationsassistenten-Programms externes Know-how zur Verstärkung ihrer Aktivitäten in Forschung und Entwicklung (F&E) erwerben. Bei der Novellierung der entsprechenden Richtlinie im Sommer 2011 sind entscheidende Hinweise der gewerblichen Wirtschaft umgesetzt worden. So wurde der dem Fördergegenstand zugrundeliegende Innovationsbegriff deutlich erweitert: neben klassisch technologiebasierter F&E sind beispielsweise auch innovative Personalmanagement- und Marketingmaßnahmen förderfähig. Auch die Zielgruppe für die Förderung wurde größer gefasst: neben Absolventen ingenieur- und naturwissenschaftlicher Studiengänge kann nun auch die Beschäftigung von Wirtschaftswissenschaftlern gefördert werden. Mit diesen Änderungen ist das Innovationsassistenten-Programm zeitgemäß und bedarfsgerecht

umgestaltet worden, was von den Industrie- und Handelskammern ausdrücklich begrüßt wird.

Negativ: Einstellung der Patentförderung

Nicht sachgerecht erscheint hingegen die Entscheidung der Landesregierung, die Förderung gewerblicher Schutzrechte zum Jahresende 2011 einzustellen. Patentschutz in frühen Entwicklungsphasen ist von entscheidender Bedeutung bei der Absicherung von Innovationsvorsprüngen in wettbewerbsintensiven Märkten, bei der Lizenzvergabe oder der Einwerbung von Risikokapital. Das Programm hatte sich nach Einschätzung der Kammern bewährt und resultierte – gerade auch im Verhältnis zu seinem kleinen Budgetrahmen – in einer erheblichen Anzahl an Unternehmensneugründungen bzw. -ansiedlungen. Die Begründung seitens der Landesregierung, die Patentförderung müsse aufgrund fehlender Nachfrage eingestellt werden, wurde nicht näher belegt und ist für die IHKn auch nicht schlüssig: allein die Technologietransfer und Innovationsförderung Magdeburg GmbH (TTI) bearbeiteten im Jahr 2011 170 Neuanträge zur Förderung von Schutzrechtsaktivitäten.

Effekt unklar: Transfergutscheine

Mit der Einführung eines neuen Systems von Transfergutscheinen seit Jahresbeginn 2012 verfolgt die Landesregierung das Ziel, den Austausch zwischen Hochschulforschung und regionalen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu intensivieren. Das System steht stellvertretend für den innovationspolitischen Ansatz der Landesregierung, „niedrigschwellige“ Angebote im Innovationsförderbereich zu schaffen, um KMU ohne bzw. mit begrenzten eigenen F&E-Aktivitäten den Zugang zu Studenten bzw. deren Forschungsleistung zu erleichtern und aus diesen Kontakten konkrete Projekte zu generieren. Die „Testphase“ mit 625 Transfergutscheinen, die zu 100 Prozent aus Landesmitteln finanziert werden, läuft bis Mitte 2012. Jeder Gutschein ist mit 400 Euro dotiert, so dass sich die Gesamtsumme auf 250.000 Euro beläuft. Die Industrie- und Handelskammern haben Bedenken bezüglich der Effizienz bzw. Effektivität dieses Programms. In seiner derzeitigen Ausgestaltung begünstigt das Programm potenzielle Mitnahmeeffekte – es besteht ein Anreiz für die Hochschulen als ausgebende Stellen, mit den Gutscheinen keine neuen Projekte mit neuen Partnerunternehmen zu starten, sondern bereits geplante Vorhaben in bestehenden Kooperationen zu realisieren, die auch ohne Gutschein zustande gekommen wären. Zudem stellt sich die Frage, wie nachhaltig durch die Gutscheine generierte, neue Kontakte zwischen Hochschulen und regionalen KMU letztendlich sind.

Wassercent: Unternehmen nicht durch ökologisch fragwürdiges Instrument belasten!

Im Herbst 2011 beschloss das Kabinett des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen der Aufstellung des Landeshaushaltes für die Jahre 2012 und 2013 die Einführung eines Wasserentnahmeentgeltes (WEE) in prognostizierter Höhe von ca. 10 Mio. Euro. Das WEE – auch „Wassercent“ genannt – wurde seit Anfang der 1990er Jahre bei jeder Novelle des Wassergesetzes des Landes diskutiert, aber bislang nie vollzogen. Hauptgrund war, dass die bereits bestehenden erheblichen Belastungen für die sachsen-anhaltischen Unternehmen durch Umweltauflagen einerseits und die Preisentwicklung u.a. bei Wasser- und Abwasserkosten andererseits nicht noch weiter steigen sollten.

Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1996 verweist ausdrücklich darauf, dass für einen solchen Wassercent über die Einnahmeerzielung hinaus eine besondere **sachliche** Rechtfertigung durch eine Vorteilsabschöpfung gegeben sein muss, die aus der Nutzung des Wassers als knappes Gut resultiert. Bei der Ressource Wasser kann aber gerade in Sachsen-Anhalt nicht im Entferntesten von Knappheit gesprochen werden, zumal es sich um eine regenerative Ressource handelt. Besonders gravierend stellt sich die Situation im Bereich Grundwasser dar, da Sachsen-Anhalt angesichts steigender Grundwasserspiegel nicht etwa mit Wasserknappheit, sondern mit dem Problem der *Vernässung* von Flächen zu kämpfen hat. Deshalb müsste die Entnahme von Grundwasser nicht mit Kosten belastet, sondern eigentlich sogar finanziell gefördert werden. Kurz gesagt: in Sachsen-Anhalt gibt es nicht zu wenig, sondern eher zu viel Wasser!

Die Landesregierung unternahm daher bei ihrer begleitenden Erklärung zur Einführung des Wassercents auch gar nicht erst den Versuch, ökologisch ohnehin fragwürdige Beweggründe ins Feld zu führen. Es wurde allein auf den Fiskalzweck dieser Sonderabgabe abgestellt: Angesichts der angespannten finanziellen Situation des Landes sei es gegenüber den Geberländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs kaum vertretbar, wenn Sachsen-Anhalt weiterhin auf die Erhebung eines Wassercents als eigene Einnahmequelle und die damit verbundene Haushaltsentlastung verzichte. Das WEE stellt aus Sicht der Industrie- und Handelskammern jedoch lediglich eine sachlich ungerechtfertigte Zusatzbelastung für die regionale Wirtschaft, insbesondere für das Produzierende Gewerbe, dar. Ihre strikte Ablehnung haben die IHKn gegenüber dem Ministerpräsidenten, dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft und dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt bereits mehrfach deutlich gemacht. Den IHKn ist dabei zwar durchaus bewusst, dass bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 erheblicher Konsolidierungsdruck bestand.

Eine Sanierung des Landeshaushaltes sollte jedoch durch Optimierungen bzw. Kürzungen im Ausgabenbereich und nicht durch Abgabenerhöhungen realisiert werden.

Vergaberecht: Überfrachtung mit sachfremden Kriterien vermeiden!

In der Koalitionsvereinbarung der Landesregierung wurde die Neufassung eines Landesvergabegesetzes angekündigt, das sich derzeit noch in der Überarbeitung befindet. Die Industrie- und Handelskammern hatten bereits im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens betont, dass sie im Bereich des öffentlichen Auftragswesens prinzipiell keinen Bedarf für ein solches Landesgesetz sehen, da alle wesentlichen Belange im Zusammenspiel des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), der Vergabeverordnung und vor allem in den Vergabe- und Vertragsordnungen für Bauleistungen (VOB) bzw. Leistungen (VOL) geregelt sind.

Ein mittelstandsfreundliches öffentliches Auftragswesen muss nach Auffassung der Kammern drei grundlegende Kriterien erfüllen:

1. Das Vergabeverfahren ist einfach und transparent zu gestalten.
2. Nicht das billigste, sondern das wirtschaftlichste Angebot soll den Zuschlag erhalten.
3. Das Verfahren muss rechtssicher ausgestaltet sein.

Nach derzeitigem Stand der Dinge fügt das Landesgesetz dem Vergaberecht in dieser Hinsicht nicht nur nichts Substanzielles hinzu, im Gegenteil: Die oben genannten drei Bedingungen werden nicht erfüllt. Dafür aber wird es zu einem erheblichen Mehr an Verwaltungs- und Kontrollaufwand kommen somit aus Sicht der Wirtschaft den Zielen der Mittelstandsförderung und dem Willen zum Bürokratieabbau widersprechen, denen sich die Landesregierung ebenfalls verpflichtet sieht. Insbesondere die vorgesehenen Kontrollpflichten zu den so genannten ILO-Kernarbeitsnormen und die Verpflichtung des Auftragnehmers, seine Nachunternehmer auf Einhaltung der Tariftreue zu überprüfen, schätzen die IHKn als unverhältnismäßig bzw. in der Praxis nicht realisierbar ein.

Ein zweiter wesentlicher Kritikpunkt der IHKn am Entwurf des Landesvergabegesetzes betrifft die Aufnahme sachfremder Auflagen in das Vergabeverfahren. So sollen die Vergabestellen bei ihrer Entscheidungsfindung „soziale, umweltbezogene und innovative Kriterien“ berücksichtigen, die von den potenziellen Auftragnehmern erfüllt werden sollen. Abgesehen von der Tatsache, dass Begrifflichkeiten wie „umweltbezogen“ oder „innovativ“ weder im Gesetzestext noch in der Begründung näher spezifiziert werden, lehnen die

Industrie- und Handelskammern die Aufnahme willkürlich gewählter Zusatzkriterien in die Vergabeentscheidung grundsätzlich ab. Auf diese Weise werden all jene Unternehmen des regionalen Mittelstands diskriminiert, die diese Auflagen nicht erfüllen können, auch wenn sie – wie im GWB und auch im Entwurf des Landesvergabegesetzes gefordert – als fachkundige, leistungsfähige, gesetzestreue und zuverlässige Unternehmen gelten dürfen. Eine solche künstliche Wettbewerbsbeschränkung kann zur Folge haben, dass das Unternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot nicht zum Zuge kommt. Nach IHK-Auffassung kann und darf es nicht Aufgabe des Vergaberechts sein, sozial-, tarif- oder umweltpolitisch motivierte Ziele durchzusetzen. Diese Methode der „Politik durch die Hintertür“ fiel beispielsweise auch schon bei der kürzlich erfolgten Neugestaltung der Landes-Förderrichtlinie zur GRW (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) negativ auf.

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: strenges Subsidiaritätsprinzip erhalten!

Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung enthält im Absatz 8.1 eine Passage, wonach „die Kommunen als wirtschaftliche Akteure vor Ort zu stärken sind.“ Die Motivation hinter diesem Beschluss blieb zunächst offen, wurde jedoch mit Vorlage des entsprechenden Änderungsentwurfs zur Gemeindeordnung (GemO) des Landes Sachsen-Anhalt klar: Angesichts der angespannten Haushaltslage in den Kommunen sollten diese sich durch Ausweitung ihrer unternehmerischen Tätigkeit neue Einnahmequellen erschließen dürfen. Zu diesem Zweck wurde bei der Novellierung die bislang geltende „strenge“ Subsidiaritätsklausel – der zufolge eine Kommune sich nur dann wirtschaftlich betätigen darf, wenn sie auf diese Weise einen öffentlichen Zweck „besser und wirtschaftlicher als ein anderer“, sprich privater Anbieter erfüllen kann – zu einer „einfachen“ Subsidiaritätsklausel aufgeweicht. Durch den damit verbundenen Wegfall der Nachweispflicht gemäß § 123 GemO ist nach Auffassung der Industrie- und Handelskammern eine Situation entstanden, die quasi die kommunale wirtschaftliche Betätigung zum Regelfall erklärt – ordnungspolitisch ein völlig falsches Signal, da faktisch die Beweislast nunmehr bei den privaten Anbietern liegt!

Gemeinsam mit den Handwerkskammern des Landes hatten die IHKn bereits im Juni 2011 in einem 10-Punkte-Papier zum Koalitionsvertrag eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass sie eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen für nicht wettbewerbs- und marktkonform halten. Nach Auffassung der Kammern gilt in einer marktwirtschaftlichen Ordnung das Primat der privatwirtschaftlichen Leistungserstellung. Die unternehmerische Tätigkeit von Kommunen muss sich auf Aspekte der Daseinsvorsorge beschränken – diese

sind in der Gemeindeordnung definiert als diejenigen Leistungsbereiche, in denen ein öffentlicher Zweck klar erkennbar ist: Strom-, Gas-, Wärme-, Wasserversorgung, Abfall-, Abwasserentsorgung, Wohnungswirtschaft und öffentlicher Nahverkehr. Eine darüber hinaus gehende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand muss eine gut begründete Ausnahme bleiben, nicht zuletzt weil Kommunalbetriebe u.a. durch fehlendes Konkursrisiko oder die Möglichkeit zur Quersubventionierung ihres Leistungsangebots gegenüber der Privatwirtschaft Vorteile realisieren können, die den Wettbewerb verzerren. In Sachsen-Anhalt finden sich aktuell in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Beispiele für kommunalwirtschaftliche Betätigung in wettbewerblichen „Grauzonen“: Facility Management, Garten- und Landschaftsbau, eigene Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen, eigene IT-Dienstleister usw. treten dort in Konkurrenz zu privaten Unternehmen. Diese Entwicklungen sind ordnungspolitisch äußerst bedenklich, ihnen muss Einhalt geboten werden!

Das Subsidiaritätsprinzip wurde mit Verabschiedung des Zweiten Investitions-erleichterungsgesetzes im März 2003 aus gutem Grund verschärft, wie sich an folgender Passage aus der damaligen Gesetzesbegründung klar ablesen lässt: „Die verschärfte Subsidiaritätsklausel untersagt die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde bei gleich guter und wirtschaftlicher Zweckerfüllung durch Privatunternehmen. Damit wird der Gemeinde ein noch größeres Bemühen um Transparenz und Rationalität bei der Rechtfertigung einer wirtschaftlichen Betätigung abverlangt.“ Diese Begründung ist eine klare Bestätigung der IHK-Position, ihr ist nichts hinzuzufügen! Bei allem Verständnis für den bestehenden Konsolidierungsdruck in den öffentlichen Haushalten dürfen grundlegende ordnungspolitische Prinzipien, die sich bezüglich eines ausgewogenen Nebeneinanders von privatwirtschaftlicher und kommunalwirtschaftlicher Betätigung bewährt haben, nicht aufgegeben werden.

ANHANG

Konjunkturumfrage in Sachsen-Anhalt

Gesamtwirtschaft (ohne Gastgewerbe)													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	20,2	18,5	24,9	26,0	23,9	31,8	40,5	44,7	44,9	48,2	49,1	48,9
	befriedigend	45,1	54,1	49,2	53,5	52,2	55,1	47,5	45,7	43,2	42,2	41,3	44,1
	schlecht	34,7	27,5	26,0	20,6	23,9	13,1	11,9	9,6	12,0	9,6	9,6	6,9
	Saldo	-14,4	-9,0	-1,0	5,4	0,0	18,8	28,6	35,2	32,9	38,6	39,5	42,0
Geschäftserwartungen	günstiger	14,4	11,2	16,1	15,7	27,7	18,0	19,2	17,0	26,0	21,8	13,4	13,8
	gleich bleibend	46,5	57,8	56,7	54,4	53,4	64,1	64,1	65,2	61,1	66,1	63,7	63,2
	ungünstiger	39,2	31,0	27,3	29,9	18,9	17,9	16,8	17,8	12,9	12,1	22,9	23,0
	Saldo	-24,8	-19,8	-11,2	-14,2	8,8	0,1	2,4	-0,8	13,2	9,7	-9,5	-9,2
Geschäftsklimaindex		-19,6	-14,4	-6,1	-4,4	4,4	9,4	15,5	17,2	23,0	24,1	15,0	16,4
Beschäftigung	steigend	5,1	3,6	7,7	8,6	9,6	13,1	13,2	15,0	16,4	17,6	15,5	15,7
	gleich bleibend	69,6	73,8	70,6	70,7	77,0	75,1	73,0	72,0	74,5	72,2	70,0	70,6
	sinkend	25,3	22,6	21,7	20,8	13,4	11,9	13,9	13,0	9,0	10,2	14,5	13,8
	Saldo	-20,2	-19,1	-14,0	-12,2	-3,8	1,2	-0,7	1,9	7,4	7,3	1,0	1,9
Inlandsinvestitionen	zunehmend	1,5	1,3	4,0	7,3	9,8	14,5	14,5	18,0	19,6	17,0	13,7	13,4
	gleich bleibend	36,7	40,6	42,7	40,9	44,4	43,2	46,5	42,2	44,3	44,7	45,4	43,7
	abnehmend	29,8	24,7	25,1	25,6	21,9	22,8	18,3	23,8	20,5	21,5	19,7	23,2
	Saldo	-28,4	-23,5	-21,1	-18,3	-12,1	-8,4	-3,8	-5,8	-0,9	-4,5	-5,9	-9,8

Industrie													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	20,0	17,4	25,3	24,8	21,5	33,4	42,3	50,5	53,4	57,9	58,9	51,9
	befriedigend	40,5	51,7	43,8	53,2	54,6	53,1	48,7	43,7	38,9	34,6	35,8	42,0
	schlecht	39,4	31,1	31,0	22,2	23,9	13,6	8,9	5,8	7,6	7,5	5,3	6,1
	Saldo	-19,4	-13,7	-5,7	2,6	-2,3	19,7	33,4	44,7	45,8	50,4	53,6	45,8
Geschäftserwartungen	günstiger	15,1	16,4	24,1	25,9	33,2	25,3	21,4	23,5	28,0	26,7	16,1	15,3
	gleich bleibend	43,6	56,8	56,7	50,6	52,4	63,8	64,9	64,6	61,9	64,8	58,6	64,6
	ungünstiger	41,3	26,7	19,2	23,6	14,4	10,8	13,8	11,9	10,1	8,6	25,4	20,0
	Saldo	-26,2	-10,3	4,9	2,3	18,8	14,5	7,6	11,6	17,9	18,0	-9,2	-4,7
Geschäftsklimaindex		-22,8	-12,0	-0,4	2,5	8,2	17,1	20,5	28,1	31,8	34,2	22,2	20,5
Exportserwartungen	zunehmend	7,0	10,6	22,7	22,1	23,7	35,3	29,1	33,1	27,2	32,2	20,3	23,0
	gleich bleibend	47,1	54,0	53,3	57,4	59,9	54,4	55,3	55,5	59,6	54,7	57,4	60,2
	abnehmend	37,1	29,1	16,0	13,0	9,4	3,6	5,3	3,2	5,1	5,2	15,1	9,2
	kein Export	20,6	19,1	18,3	21,3	18,4	21,3	22,7	21,6	16,9	15,5	18,4	20,3
	Saldo	-30,1	-18,4	6,7	9,1	14,4	31,7	23,8	30,0	22,2	27,0	5,2	13,8
Beschäftigung	steigend	3,6	3,9	7,1	9,6	9,9	15,7	16,5	18,8	19,0	23,1	18,0	17,7
	gleich bleibend	67,2	67,0	72,9	75,4	79,7	81,5	73,8	76,7	75,8	70,7	68,1	72,5
	sinkend	29,2	29,1	19,9	15,0	10,5	2,8	9,7	4,5	5,2	6,2	13,9	9,8
	Saldo	-25,6	-25,1	-12,8	-5,4	-0,6	12,8	6,8	14,4	13,7	16,9	4,1	7,9
Inlandsinvestitionen	zunehmend	16,5	11,1	16,3	16,1	21,4	22,7	24,7	32,4	34,2	27,0	25,2	26,4
	gleich bleibend	42,2	49,9	49,4	53,0	52,2	57,4	56,7	48,3	53,6	61,7	59,7	57,5
	abnehmend	41,2	39,1	34,4	30,9	26,2	21,4	21,0	14,5	13,1	13,0	14,4	14,8
	Saldo	-24,7	-27,9	-18,0	-14,8	-4,8	1,3	3,8	17,9	21,1	13,9	10,9	11,6

Baugewerbe													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	13,9	9,3	21,0	12,8	6,9	24,3	33,2	25,9	38,6	27,7	48,8	49,3
	befriedigend	44,1	47,9	44,0	50,4	58,5	60,2	44,9	36,6	33,6	59,1	41,8	45,6
	schlecht	42,0	42,8	35,1	36,8	34,7	15,6	21,8	37,5	27,8	13,3	9,3	5,1
	Saldo	-28,1	-33,5	-14,1	-24,0	-27,8	8,6	11,4	-11,6	10,9	14,4	39,5	44,2
Geschäftserwartungen	günstiger	11,9	7,2	4,2	6,1	31,5	11,5	3,4	6,1	36,4	14,4	5,8	6,4
	gleich bleibend	45,2	43,5	50,5	44,5	50,3	63,3	47,3	62,2	43,5	77,5	58,0	48,9
	ungünstiger	42,9	49,3	45,3	49,4	18,2	25,2	49,4	31,8	20,1	8,1	36,2	44,7
	Saldo	-31,0	-42,1	-41,2	-43,3	13,2	-13,8	-46,0	-25,7	16,3	6,3	-30,4	-38,3
Geschäftsklimaindex		-29,5	-37,8	-27,6	-33,6	-7,3	-2,6	-17,3	-18,7	13,6	10,3	4,5	3,0
Beschäftigung	steigend	5,5	2,8	1,2	0,6	23,2	5,3	3,6	2,8	16,3	3,4	4,0	3,9
	gleich bleibend	65,0	74,3	64,5	49,5	70,6	81,0	71,5	68,4	79,5	84,9	76,2	77,4
	sinkend	29,5	23,0	34,3	50,0	6,3	13,8	24,9	28,8	4,2	11,7	19,7	18,6
	Saldo	-24,0	-20,1	-33,1	-49,4	17,0	-8,4	-21,3	-26,1	12,1	-8,3	-15,7	-14,7
Inlandsinvestitionen	zunehmend	5,5	4,1	3,6	2,0	7,8	14,7	8,3	5,1	11,1	3,8	8,3	4,2
	gleich bleibend	67,5	63,3	61,6	55,6	67,9	64,0	61,8	66,9	77,3	70,1	70,9	62,4
	abnehmend	27,1	32,6	34,8	42,3	24,4	21,3	29,9	28,0	11,6	26,1	20,8	33,5
	Saldo	-21,6	-28,6	-31,2	-40,3	-16,6	-6,6	-21,7	-22,9	-0,5	-22,4	-12,5	-29,4

Dienstleistungsgewerbe													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	27,1	27,4	32,6	38,4	36,2	41,1	47,3	47,8	48,8	50,4	50,9	53,2
	befriedigend	54,7	60,7	53,6	46,9	48,3	51,0	41,1	48,7	40,7	39,8	38,1	39,3
	schlecht	18,2	11,9	13,8	14,7	15,5	8,0	11,6	3,6	10,5	9,8	11,0	7,5
	Saldo	8,8	15,5	18,8	23,6	20,7	33,0	35,7	44,2	38,3	40,6	39,9	45,7
Geschäftserwartungen	günstiger	17,2	11,6	18,7	16,2	24,8	19,1	21,3	19,3	25,3	20,7	13,1	14,6
	gleich bleibend	56,7	70,0	59,2	61,2	55,1	61,8	66,6	63,3	64,1	64,0	68,9	65,4
	ungünstiger	26,1	18,4	22,1	22,6	20,1	19,1	12,1	17,4	10,5	15,3	18,0	20,0
	Saldo	-8,9	-6,8	-3,4	-6,4	4,7	0,0	9,2	1,9	14,8	5,3	-4,9	-5,4
Geschäftsklimaindex		0,0	4,4	7,7	8,6	12,7	16,5	22,4	23,0	26,5	23,0	17,5	20,2
Beschäftigung	steigend	9,0	4,8	15,7	11,7	9,3	18,0	16,6	23,1	19,7	19,7	23,7	21,6
	gleich bleibend	73,4	82,9	67,6	72,7	78,2	66,5	67,2	60,4	68,6	63,6	63,7	62,1
	sinkend	17,6	12,2	16,7	15,7	12,4	15,6	16,2	16,4	11,6	16,7	12,6	16,3
	Saldo	-8,6	-7,4	-0,9	-4,0	-3,0	2,4	0,4	6,7	8,2	3,0	11,1	5,4
Inlandsinvestitionen	zunehmend	20,4	18,0	15,4	18,2	15,0	19,0	19,8	21,8	27,6	17,9	20,3	21,3
	gleich bleibend	47,2	63,3	65,4	58,5	62,6	60,0	68,1	60,3	56,4	61,9	60,6	54,7
	abnehmend	32,3	18,7	19,2	23,2	22,5	20,9	12,1	17,8	16,0	20,3	19,1	24,0
	Saldo	-11,9	-0,7	-3,7	-5,0	-7,5	-1,9	7,6	4,0	11,5	-2,3	1,3	-2,7

Handel													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	17,2	14,8	21,0	18,8	17,6	21,1	34,3	41,3	34,6	41,6	33,9	42,0
	befriedigend	40,9	52,7	50,8	64,5	56,2	60,1	53,6	48,9	53,1	47,9	52,9	49,9
	schlecht	41,9	32,6	28,2	16,7	26,2	18,9	12,2	9,8	12,4	10,5	13,3	8,1
	Saldo	-24,7	-17,8	-7,2	2,1	-8,6	2,1	22,1	31,6	22,2	31,1	20,6	33,9
Geschäftserwartungen	günstiger	13,2	5,5	8,6	6,5	21,4	11,0	22,9	10,4	17,5	23,5	12,6	18,4
	gleich bleibend	38,1	51,9	56,0	54,5	55,1	65,3	64,6	68,7	69,1	61,5	66,0	66,5
	ungünstiger	48,7	42,6	35,5	39,1	23,4	23,7	12,4	20,9	13,4	15,1	21,4	15,1
	Saldo	-35,6	-37,0	-26,9	-32,5	-2,0	-12,7	10,5	-10,6	4,1	8,4	-8,8	3,3
Geschäftsklimaindex		-30,2	-27,4	-17,1	-15,2	-5,3	-5,3	16,3	10,5	13,1	19,8	5,9	18,6
Beschäftigung	steigend	3,1	1,3	1,7	6,0	3,2	5,4	8,4	4,0	6,5	14,5	4,0	12,2
	gleich bleibend	73,6	71,7	77,6	74,6	77,3	77,4	83,1	85,9	83,3	81,5	82,7	80,0
	sinkend	23,3	27,0	20,6	19,4	19,6	17,1	8,5	10,1	10,2	4,0	13,3	7,9
	Saldo	-20,2	-25,8	-18,9	-13,3	-16,4	-11,7	-0,1	-6,1	-3,7	10,5	-9,3	4,4
Inlandsinvestitionen	zunehmend	6,7	7,2	8,9	8,4	12,8	6,2	17,8	20,3	21,4	23,4	19,0	12,2
	gleich bleibend	55,0	52,2	54,6	62,9	67,5	67,5	67,0	58,1	65,4	62,1	68,2	72,7
	abnehmend	38,3	40,7	36,5	28,7	19,6	26,3	15,2	21,6	13,2	14,4	12,9	15,1
	Saldo	-31,7	-33,5	-27,6	-20,4	-6,8	-20,1	2,6	-1,3	8,2	9,0	6,1	-2,9

Verkehrsgewerbe													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	10,5	8,6	9,3	16,7	20,4	24,8	31,3	42,7	30,0	44,6	42,4	37,2
	befriedigend	36,2	48,8	53,3	56,3	41,8	61,1	56,9	45,4	56,3	44,9	46,6	55,9
	schlecht	53,2	42,6	37,4	27,0	37,8	14,1	11,8	11,9	13,7	10,5	11,0	6,9
	Saldo	-42,7	-34,0	-28,1	-10,3	-17,3	10,7	19,4	30,8	16,4	34,1	31,4	30,3
Geschäftserwartungen	günstiger	7,2	10,2	10,3	12,1	28,7	11,3	13,5	13,3	29,2	13,5	15,5	3,3
	gleich bleibend	39,9	46,3	56,1	53,2	50,8	71,8	70,5	70,7	48,5	76,2	63,2	59,1
	ungünstiger	52,9	43,6	33,6	34,6	20,6	16,9	16,1	16,1	22,3	10,3	21,3	37,7
	Saldo	-45,8	-33,4	-23,3	-22,5	8,1	-5,7	-2,6	-2,8	6,9	3,3	-5,7	-34,4
Geschäftsklimaindex		-44,3	-33,7	-25,7	-16,4	-4,6	2,5	8,4	14,0	11,6	18,7	12,8	-2,0
Beschäftigung	steigend	0,1	4,1	1,6	8,9	8,0	11,5	10,3	9,8	17,8	13,2	14,0	6,7
	gleich bleibend	60,4	67,3	64,8	63,3	69,3	72,2	70,7	71,6	66,6	74,7	65,2	66,8
	sinkend	39,5	28,6	33,7	27,8	22,7	16,4	18,9	18,6	15,7	12,2	20,7	26,5
	Saldo	-39,3	-24,5	-32,1	-18,9	-14,7	-4,9	-8,5	-8,8	2,1	1,0	-6,7	-19,8
Inlandsinvestitionen	zunehmend	6,8	12,1	7,3	14,0	23,3	21,5	22,2	26,3	15,9	14,3	17,2	15,9
	gleich bleibend	44,4	41,3	54,0	46,3	52,9	53,9	66,0	58,5	68,3	68,4	66,4	69,0
	abnehmend	48,8	46,6	38,7	39,7	23,9	24,7	11,8	15,3	15,8	17,2	16,5	15,0
	Saldo	-42,0	-34,4	-31,3	-25,8	-0,6	-3,2	10,3	11,0	0,1	-2,9	0,6	0,9

Gastgewerbe													
Fragestellung	Antwort- möglichkeiten	2009				2010				2011			
		Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
Geschäftslage	gut	21,4	24,0	34,9	17,0	15,5	30,6	34,8	33,2	8,4	45,4	42,4	34,6
	befriedigend	34,9	40,7	45,4	60,1	33,8	47,5	51,6	44,4	56,2	39,1	42,5	38,6
	schlecht	43,7	35,2	19,8	22,9	50,7	21,8	13,7	22,4	35,3	15,6	15,2	26,7
	Saldo	-22,3	-11,2	15,1	-5,9	-35,1	8,9	21,1	10,8	-26,9	29,8	27,2	7,9
Geschäftserwartungen	günstiger	19,4	12,9	6,9	7,0	30,1	8,7	11,6	8,3	22,7	13,4	5,4	7,0
	gleich bleibend	48,4	44,4	53,3	61,1	37,0	71,3	70,5	71,0	61,5	68,0	59,0	61,4
	ungünstiger	32,1	42,7	39,7	31,9	32,9	20,1	18,0	20,8	15,9	18,6	35,6	31,6
	Saldo	-12,8	-29,8	-32,8	-24,9	-2,8	-11,4	-6,4	-12,5	6,8	-5,3	-30,1	-24,6
Geschäftsklimaindex		-17,5	-20,5	-8,8	-15,4	-19,0	-1,3	7,3	-0,9	-10,1	12,3	-1,5	-8,4
Beschäftigung	steigend	6,6	0,0	1,2	2,6	9,5	18,9	20,0	13,8	12,9	13,9	7,2	10,1
	gleich bleibend	69,9	66,0	72,5	81,1	78,4	49,5	52,1	69,8	65,6	55,2	66,2	65,2
	sinkend	23,5	34,0	26,3	16,4	12,1	11,6	10,3	10,1	10,9	17,0	20,0	13,2
	Saldo	-16,8	-34,0	-25,1	-13,8	-2,6	7,4	9,7	3,6	2,0	-3,1	-12,8	-3,1
Inlandsinvestitionen	zunehmend	23,9	15,9	15,4	20,0	32,1	37,2	30,8	27,0	27,5	32,0	24,5	21,0
	gleich bleibend	45,3	49,7	50,5	59,7	52,9	41,8	30,5	30,2	31,2	33,2	29,0	34,6
	abnehmend	30,9	34,5	34,1	20,3	15,0	26,1	29,5	13,1	11,0	27,6	18,1	19,3
	Saldo	-7,0	-18,6	-18,7	-0,2	17,1	11,1	1,2	13,9	16,5	4,4	6,5	1,7

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen-Anhalt

Strukturdaten zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt

Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten		Jahreswerte						
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Betriebe	Anzahl	597	603	632	664	663	658	668
Beschäftigte	Anzahl	89.465	91.716	98.417	104.343	103.073	103.141	107.135
Gesamtumsatz	in Mio. Euro	26.817	31.128	34.640	35.961	29.409	34.801	39.361
Auslandsumsatz	in Mio. Euro	6.635	8.351	9.771	10.599	8.037	9.575	10.929
Exportquote	in Prozent	24,7	26,8	28,2	29,5	27,3	27,5	27,8

Strukturdaten zum Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten		Jahreswerte						
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Betriebe	Anzahl	367	332	329	326	311	319	320
Beschäftigte	Anzahl	17.509	16.345	16.215	16.024	15.773	16.344	16.572
Gesamtumsatz	in Mio. Euro	1.984	2.002	1.982	2.106	2.093	2.011	2.116

Strukturdaten zum Ausbaugewerbe in Sachsen-Anhalt

Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten		Jahreswerte						
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Betriebe	Anzahl	226	204	201	219	225	241	251
Beschäftigte	Anzahl	8.154	7.907	8.147	8.980	9.163	9.551	10.143
Gesamtumsatz	in Mio. Euro	687	747	770	942	911	936	1.159

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, eigene Berechnungen

Investitionen im Produzierenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt

in Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten	Jahreswerte in 1.000 Euro								
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1.250.881	1.392.309	1.588.262	1.458.237	1.446.745	1.776.774	1.957.237	1.705.996	1.339.361
Bauhauptgewerbe	43.830	53.691	39.100	43.892	37.919	38.463	44.293	40.655	50.378
Ausbaugewerbe	16.790	13.709	14.398	13.589	12.279	23.018	18.241	16.251	20.661

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, eigene Berechnungen

Ausfuhr des Landes Sachsen-Anhalt nach Warengruppen

Jahr	Ausfuhr insgesamt	Ernährungswirtschaft insgesamt	Gewerbliche Wirtschaft insgesamt	davon		
				Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren
in Mio. Euro						
2000	3.867	577	3.290	83	682	2.526
2001	4.614	728	3.886	151	748	2.987
2002	4.875	705	4.170	179	686	3.305
2003	5.381	878	4.491	204	664	3.623
2004	6.174	866	5.211	261	737	4.213
2005	7.720	898	6.681	306	941	5.435
2006	10.002	1.031	8.789	376	1.170	7.243
2007	11.329	1.086	9.640	345	1.470	7.826
2008	12.810	1.315	10.824	390	1.446	8.987
2009	10.277	1.334	8.547	338	1.310	6.899
2010	12.604	1.486	10.743	478	1.500	8.765
Jan-Nov 2010	11.499	1.330	9.819	420	1.357	8.041
Jan-Nov 2011	13.581	1.495	11.589	632	1.819	9.139

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen

Entwicklung der Einwohner und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Sachsen-Anhalt

Anzahl	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Einwohner (Stichtag 30.06.)	2.483.538	2.456.687	2.428.519	2.398.347	2.367.554	2.344.679	2.322.848
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stichtag: 30.06.)	720.038	724.769	733.703	743.922	742.035	749.102	758.839
davon geringfügig beschäftigt (Stichtag: 30.06.)	106.926	111.742	113.891	115.956	117.584	118.230	117.278

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; eigene Berechnungen

Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt

	Jahresdurchschnitt							
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Arbeitslose	262.763	258.527	231.897	202.098	175.081	168.115	151.495	139.102
Arbeitslosenquote in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen	20,4	20,3	18,4	16,0	14,0	13,6	12,5	11,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum

Herausgabe und Redaktion:

Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt

Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau
Geschäftsfeld Standortpolitik
Abteilungsleiter Dr. Christof Wockenfuß
Franckestr. 5 | 06110 Halle (Saale)
Tel: (0345) 2126-362 | Fax: (0345) 2179-662
www.halle.ihk.de

Industrie- und Handelskammer Magdeburg
Geschäftsbereich Industrie, Umwelt u. Konjunktur
Geschäftsführer Sven Horn
Alter Markt 8 | 39104 Magdeburg
Tel: (0391) 5693-150 | Fax: (0391) 5693-193
www.magdeburg.ihk.de

April 2012